

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Konstanze Wegner
MdB zum Internationa-
len Frauentag: Vom
Hexenwahn und der
Furcht, Privilegien zu
verlieren.

Seite 1

Lissy Gröner MdEP und
Barbara Schmidbauer
MdEP zu den Ergeb-
nissen einer euro-ara-
bischen Frauenkonfe-
renz in Tunis: Die ara-
bischen Frauen in den
demokratischen Ent-
wicklungsprozeß inte-
grieren.

Seite 3

Peter Klein zur
"Privatisierung kommu-
naler Dienstleistungen":
Ein altes Thema ge-
winnt neue Bedeutung.
(Teil II und Schluß)

Seite 4

Björn Enbgholm zum
50. Geburtstag von Fe-
lipe Gonzales: Hoch-
achtung vor histori-
scher Leistung.

Seite 5

Dokumentation
Solidaritätsadresse der
Arbeitsgemeinschaft
verfolgter Sozialdemo-
kraten an Manfred
Stolpa.

Seite 8

47. Jahrgang / 44

4. März 1992

Vom Hexenwahn und der Furcht, Privilegien zu verlieren

Gedanken zum Internationalen Frauentag

Von Dr. Konstanze Wegner MdB

"Böse Hexen sind eine Erfindung verängstigter Männer" - dieses Thema haben mir Gewerkschafterinnen in meinem Wahlkreis zum internationalen Frauentag gestellt. Wie geht man damit um? Zunächst einmal:

Wie war das mit den Hexen?

Die Hexe steht laut dem Hexenforscher Wolfgang Behringer "...zwischen Natur und Kultur, zwischen Teufel und Gott, sie ist ein Mensch, verfügt aber über übernatürliche Kräfte, transzendiert die Gesetze der Natur." Der Vorwurf der Hexen traf Frauen, die hervorragende medizinische Kenntnisse besaßen, die Hilfestellung bei Krankheiten, Geburten, aber auch bei Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbrüchen leisten konnten. Dies war vor allem der Kirche ein Dorn im Auge, und so wurden heilkundige Frauen die ersten Opfer der Hexenverfolgung. Wichtige medizinische Kenntnisse, über Jahrhunderte hin erworben und tradiert, gingen damit verloren.

Die Verfolgung von Frauen als Hexen vollzog sich in mehreren Phasen mit dem Höhepunkt in den Jahren von 1626 bis 1630, der letzte Hexenprozeß fand 1793 in Posen statt. Systematisiert wurde die Hexenverfolgung durch das Buch "Der Hexenhammer" (Malleus maleficarum), das 1486/87 von den Dominikanern und Inquisitoren Sprenger und Institoris veröffentlicht wurde und die Grundlage für die systematische Hexenverfolgung schuf. Im "Hexenhammer" werden Existenz und Wirkung der Hexen dargestellt und praktische Anweisungen zu ihrer Bekämpfung und zur Führung von Hexenprozessen gegeben. Es war das Handbuch für alle Fragen der Hexerei und ließ jedes Mittel zu, das zum Geständnis des Opfers führte. Er ordnete die Hexerei dem weiblichen Geschlecht zu und suchte die besondere Anfälligkeit der Frauen für die Versuchungen des Teufels zu beweisen: "Alles geschieht aus fleischlicher Begierde, die bei Ihnen unersättlich ist." Oder: "...da es ihnen ein Laster von Natur ist, sich nicht regieren zu lassen, sondern ihren Eingebungen zu folgen, ohne irgendwelche Rücksicht...".

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichten Umgang
mit cyclischer Rückgabe
Recycling-Papier



Der erste Verfolgungsgrund waren die besonderen medizinischen Fähigkeiten der als Hexen bezeichneten Frauen, die den männlichen Hierarchien in Kirche und Staat bedrohlich erschienen. Darüber hinaus erwies sich der Vorwurf der Hexerei als hervorragendes Instrument, um mit der Methode der Denunziation private Rachegefühle, Minderwertigkeitsgefühle oder materielle Besitzwünsche auszuleben.

Kontinuität bis in die Gegenwart?

Ist dies alles finsternes Mittelalter, unwiederholbar, aus und vorbei? Hexendenunziation und Hexenverbrennung sind in unserem Staat nicht möglich aber die Furcht vor den Folgen wirklicher Gleichstellung von Frauen bestimmt noch heute bewußt oder unbewußt die Haltung vieler Politiker, Theologen und Männern im allgemeinen. Es ist die Furcht, Privilegien zu verlieren, die sich im Verlauf von Jahrtausenden entwickelt haben und ihren Ursprung ganz simpel in der größeren körperlichen Kraft des Mannes haben, ein Kriterium, dem heute keine Bedeutung mehr zukommt.

Betrachten wir die normale Erwerbsbiographie einer Frau. Ist es nicht letztlich ein Vorteil für konkurrierende Männer, daß Frauen schwerer eingestellt und eher entlassen werden, daß sie wegen ihrer Doppelbelastung geringere Aufstiegsmöglichkeiten, niedrigerer Löhne und damit auch niedrigere Renten haben? Ist es nicht angenehm für Männer, wenn in Politik und Gesellschaft Frauen in der Regel die unbezahlten Ehrenämter, Männer mehrheitlich entschädigungspflichtige Mandate und lukrative Aufsichts- und Verwaltungsratsposten innehaben? Erst die Quote, dieses sozialdemokratische Hexenwerk, beginnt, diese überkommenen Strukturen aufzubrechen und nimmt nun so manchem Mann Mandate und Posten weg, die ihnen früher sozusagen von Natur aus zustanden.

Ist es nicht bequem für Männer, daß Frauen den allergrößten Teil der Familien- und Hausarbeit leisten, die lediglich durch ein verfassungswidrig niedriges Kindergeld, unsozial wirkende Steuerfreibeträge und ein unzureichendes Erziehungsgeld honoriert wird, das eher Taschengeld - als Lohnersatzcharakter hat und deshalb letztlich dazu beiträgt, das alte Rollenverhalten zu zementieren?

Vor diesem Hintergrund wird auch die mangelnde Begeisterung vieler Frauen in der ehemaligen DDR über die Folgen der deutschen Einheit verständlich. Für viele von ihnen bedeutet das zunächst einmal Verlust des Arbeitsplatzes, Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, niedrigere Renten und die Aussicht, künftig mit einer Schwangerschaftskonfliktregelung nach den Vorstellungen von CDU/CSU leben zu müssen.

Im sensiblen Bereich der Schwangerschaftskonfliktregelung drückt sich die Herrschaft von Männern über Frauen am exemplarischsten aus. Im Memminger Prozeß wurden Erinnerungen an finsternes Mittelalter geweckt durch das An-den-Pranger-Stellen von Frauen und das Schnüffeln in ihrem Privatbereich. Einflußreiche Persönlichkeiten der katholischen Kirchen tragen durch Holocaust-Vergleiche oder Mahnläuten ihr Teil zur Einschüchterung und Stigmatisierung von Frauen bei, und die Kampagne der selbsternannten Lebensschützen zielt in die gleiche Richtung. Das zugrunde liegende Denkmuster lautet: Frauen sind von Natur aus leichtfertig und unselbständig, deshalb müssen sie weiter mit Strafe bedroht und zwangsberaten werden. Diese Einstellung durchzieht wie ein roter Faden die Argumentation zum Paragraphen 218 seit seinem Bestehen und kennzeichnet auch die gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwürfe der Koalitionsparteien.

Es gibt keine Hexenverfolgung und -verbrennung mehr, aber alte Vorurteile und die Furcht vor dem Verlust männlicher Privilegien gibt es nach wie vor. Da die volle Gleichberechtigung nicht herbeigezaubert werden kann und da auch der einsame Satz im Grundgesetz nicht vermocht hat, sie im Alltag durchzusetzen, werden die Frauen weiter darum kämpfen müssen - auf dem Silbertablett wird sie Ihnen nicht präsentiert werden.

(-/4. März 1992/rs/ks)

**Die arabischen Frauen in den demokratischen Entwicklungsprozeß
integrieren**

Zu den Ergebnissen einer euro-arabischen Frauenkonferenz in Tunis

Von Liesy Gröner MdEP und Barbara Schmidbauer MdEP

Am 28./29. Februar 1992 fand in Tunis eine euro-arabische Frauenkonferenz statt unter dem Motto "Die maghrebinischen und europäischen Frauen solidarisieren sich gegen den Fundamentalismus". Schirmherr über diese Konferenz, die von der tunesischen Frauenorganisation UNFT in Zusammenarbeit mit der EG ausgerichtet wurde, war der tunesische Präsident Ben Ali. Der Premierminister Hamed Karoui betonte in seiner Eröffnungsansprache ausdrücklich die Bedeutung der Frauen beim Demokratisierungsprozeß. Sein Land setze große Hoffnungen in diesen Dialog, der von Frauen aus fünf arabischen Ländern und aus den zwölf EG-Mitgliedstaaten initiiert worden sei.

Im Laufe der Konferenz wurde deutlich herausgearbeitet, daß Tunesien ein Land mit einem weit entwickelten demokratischen Rechtssystem ist, das auch die rechtliche Gleichstellung der Frau garantiert. Islam ist nicht gleichzusetzen mit Fundamentalismus, auch wenn die Fundamentalisten die Religion als Vorwand benutzen, um Macht zu gewinnen und den demokratischen Prozeß zurückzuschrauben.

Sehr eindrucksvoll wurde diese Entwicklung von den algerischen Frauen geschildert, die durch die religiösen Führer in ihren Rechten beschnitten werden. Sie betonten die Wichtigkeit der Solidarität der europäischen Frauen in ihrem Kampf gegen den Extremismus.

Die Frauen wurden auch vom tunesischen Premierminister Hamad Karoui aufgrund ihrer tiefen Verwurzelung als wichtigste Garanten im Kampf gegen den Extremismus bezeichnet. Die fast ausschließlich männlichen politischen Entscheidungsträger Tunesiens sehen im erfolgreichen Kampf der Frauen die Chance, den Anschluß an Europa und an eine moderne ökonomische und politische Entwicklung knüpfen zu können.

Als erste praktische Konsequenz dieser Konferenz muß die Einberufung eines ständigen Ausschusses bewertet werden, der die euro-arabische Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen koordinieren und weiterentwickeln soll.

Der begonnene euro-arabische Dialog darf sich nicht auf Sonntagsreden beschränken. Das kürzlich vom Europäischen Parlament verabschiedete 4. Finanzprotokoll mit Tunesien eröffnet die Chance, Unterstützung im Umfang von 85 Millionen ECU (circa DM 190 Millionen) zu leisten. Die Frauen müssen in den demokratischen Entwicklungsprozeß integriert werden. Zu diesem Zweck müssen die europäischen und tunesischen Frauen entsprechende Frauenprogramme vorlegen und einfordern. Der Schwerpunkt bei diesen Programmen muß die Bildungspolitik sein, die Schlüssel für jede Entwicklung ist.

Auch in den Strukturanpassungsprogrammen müssen Frauen von Anfang an integriert sein, denn Armut kann nur Nährboden für Fundamentalismus sein.

Wir werden in einem Schreiben an den zuständigen EG-Kommissar Matutes noch einmal die zentrale Rolle der Frauen im Kampf gegen Extremismus und Fundamentalismus in den arabischen Ländern herausstellen und eine entsprechende EG-Politik fordern.

(-/4. März 1992/rs/ks)

Ein altes Thema gewinnt neue Bedeutung (Teil II und Schluß)
Zur "Privatisierung kommunaler Dienstleistungen"

Von Peter Klein
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Bundes-SGK

Diesen Anforderungen kann nicht allein durch eine Änderung der Personalstrukturen entsprochen werden. Zudem müssen neben diesen "inneren" auch die "äußeren" Betriebsstrukturen (zum Beispiel die Stellung der verschiedenen Unternehmensteile zueinander) den geänderten Verhältnissen angepaßt werden.

Ob und in welchem Umfang kommunale Dienstleistungen privatisiert werden und welche Unternehmensform im Einzelfall gewählt wird, muß vor Ort entschieden werden.

Dabei gilt es jedoch

- Monopole privater Anbieter zu verhindern,
- zu gewährleisten, daß die privatisierten Dienstleistungen dauerhaft gesichert sind,
- Preissteigerungen infolge der Privatisierungen zu vermeiden,
- die Qualität der Dienstleistungen zu erhalten oder sogar zu verbessern.

Diese Grundsätze zur Privatisierung, die auf einen Beschluß des SPD-Parteivorstandes aus dem Jahr 1976 zurückgehen, sind auch heute, 15 Jahre später, immer noch aktuell.

Zweifellos hat politisch und gesellschaftlich eine Weiterentwicklung stattgefunden, wie zum Beispiel in Richtung der hier skizzierten "Public-Private-Partnership". Nicht zuletzt deshalb sind dogmatische, ideologisch gefärbte Positionen in der gegenwärtig stattfindenden Privatisierungsdiskussion weder hilfreich noch zeitgemäß.

Dies gilt nicht nur in Hinblick auf die christlich-liberalen Privatisierungsapostel sondern auch mit Blickrichtung auf unsere eigene Partei, die sich, zumindest in Teilbereichen, sehr lange geweigert hat, politische und gesellschaftliche Veränderungen im Bereich der Wirtschaftspolitik, nicht nur der kommunalen, anzuerkennen. Deshalb gilt es, Kriterien zu vermitteln, anhand derer Privatisierungsentscheidungen rational gefällt werden können.

(-/4. März 1992/rs/ks)

**Hochachtung vor historischer Leistung
Zum 50. Geburtstag von Felipe Gonzales**

**Von Björn Engholm
SPD-Partei-Vorsitzender**

Ich habe Felipe Gonzales, dem spanischen Ministerpräsidenten und Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, zu seinem 50. Geburtstag die besten Wünsche der deutschen Sozialdemokraten übermittelt.

Ich möchte diesen Tag nutzen, um die politische Leistung von Felipe Gonzales zu würdigen. Als Felipe Gonzales 1974 zum Generalsekretär der verbotenen PSOE in Suresnes (einem Vorort von Paris) gewählt wurde, kannte niemand den jungen Mann, der aus einer armen Bauernfamilie Andalusiens stammte und wegen seiner ungewöhnlichen Begabung ein Stipendium für sein Jurastudium erhalten hatte. Als Anwalt verteidigte er mittellose Arbeiter und Demokraten, die vom Franco-Regime verfolgt wurden. Über Wasser gehalten wurde die Familie durch die Einkünfte seiner Frau, die Lehrerin war.

In wenigen Jahren gelang es Felipe Gonzales, eine schlagkräftige Partei aufzubauen und in dem Demokratisierungsprozeß nach Francos Tod zuerst als Oppositionsführer, später als Ministerpräsident eine unersetzliche Rolle zu spielen. Da die Demokratie nicht von heute auf morgen in allen Bereichen der Gesellschaft durchzusetzen war, dazu waren die Widerstände aus Sicherheitskreisen, der Militärs und der Politik zu stark, erfind er die Strategie, Parzellen der Freiheit zu erobern, die, verbunden mit seiner Absage an den Marxismus, dem spanischen Sozialismus zum ersten Mal in der Geschichte den Weg zur absoluten Mehrheit eröffnete.

Felipe Gonzales setzte sich konsequent für den Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft ein. Unter seiner Regierung wurde Spanien zu einem geachteten Partner in Europa und weit darüber hinaus. Die innenpolitischen Prioritäten waren die Festigung der Demokratie, wozu auch die Regionalisierung gehörte, und die wirtschaftliche Modernisierung des Landes.

Es ist eine besondere Tragik, daß es nicht gelang, den baskischen Terrorismus trotz der Übertragung beträchtlicher politischer Befugnisse an die baskische Landesregierung und die volle Respektierung der baskischen Sprache zu überwinden.

Wie an jeder anderen erfolgreichen Regierung wird auch an dieser Regierung Kritik geübt. Ich zweifle nicht daran, daß die Forderung nach einigen Kurskorrekturen von der Regierung selbst aufgenommen wird, soweit sie vernünftig sind. Dieses beeinträchtigt jedoch in keiner Weise die Hochachtung vor der historischen Leistung von Felipe Gonzales.

(-/4. März 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Nicht dem Druck nachgeben"

Die Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten (AVS) hat an den Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe eine Solidaritätsadresse gesandt, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Lieber Manfred Stolpe,

seit Wochen bist Du die Zielscheibe offener und versteckter Angriffe politischer Gegner der SPD. Das Widerwärtige daran ist ihr denunziatorischer Charakter. Damit soll jemand, der unter den schwierigen Bedingungen einer Parteidiktatur gelebt und gewirkt hat, politisch mundtot gemacht werden.

Als eine Schicksalsgemeinschaft von Sozialdemokraten, die in den Jahren 1933 bis 1945 erfahren hat, was es bedeutet, in einem totalitären Staat zu leben, verstehen wir vielleicht besser als andere, wie sehr Dich die jetzige ungerechtfertigte Kampagne treffen muß. Wir schätzen Dich als eine Persönlichkeit, die in einer bisher ungewohnten Sprache sich offen mit der traurigen Vergangenheit auseinandersetzt. Dafür danken wir Dir.

Zur gleichen Zeit sind wir besorgt, daß die seelischen Belastungen zu einer Resignation führen könnten, die menschlich verständlich aber politisch verhängnisvoll wäre. Daher bitten wir Dich als Vorstand der AVS sehr herzlich, nicht dem Druck nachzugeben, dem Du ausgesetzt bist. Mit dieser Bitte sind wir sicherlich nicht nur mit den Mitgliedern unserer Partei einig, sondern mit allen, die Anstand und andere moralische Werte für das Zusammenleben in einer Demokratie für unentbehrlich halten.

Als Genossen, die ihr ganzes Leben den Idealen der alten Arbeiterbewegung gewidmet haben, grüßen wir Dich in Respekt und Verbundenheit.

Heinz Putzrath

(Bundesvorsitzender)

(-/4. März 1992/rs/ks)
